



Bad Schwalbach, den 22.10.2019

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Jugend, Bildung und Soziales
Sitzungsnummer	22/X. Wahlperiode
Datum	Donnerstag, 17. Oktober 2019
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:07 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzende

Frau Tanja Pfenning	
---------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Ulrich Fachinger	
Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker	
Frau Anna-Maria Linke-Diefenbach	
Frau Wendy Penk	
Frau Roubina Wendel	
Herr Thomas Wieczorek	

Dezernent

Herr Dr. Clemens Mödden	
Herr Hans Rodius	
Herr Rainer Scholl	

Dezernentin

Frau Monika Merkert	
---------------------	--

Stellv. Mitglied

Herr Ali Emamalizadeh	
-----------------------	--

Herr Christian Herfurth	
Frau Inga Rossow	
Herr Carsten Sinß	

Schriftführer

Herr Andreas Schumann	
-----------------------	--

Verwaltung

Frau Beate Püsch FD I.7	
Frau Simone Lorek ST-BTHG	
Frau Daniela Wellsandt ST-BTHG	
Frau Kim Moser II.7	

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Pfenning, begrüßt die Anwesenden zur 22. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Bildung und Soziales (JuBiS).

Frau Pfenning stellt fest, dass die TO und die Ladung ordnungsgemäß zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Frau Pfenning begrüßt die zahlreichen Eltern und Kinder, die als Gäste zu TOP 16 hier sind und schlägt deshalb vor, die Tagesordnung zu ändern und den TOP 16 als Erstes zu behandeln. Gegen diesen Vorschlag gibt es keine Einwände.

TOP 16. DS X/1097 Sanierung der Waldbachschule in Eltville-Hattenheim; hier: Antrag Nr. 32/19 der SPD-Fraktion vom 18.09.2019

Frau Pfenning lässt den Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion zum TOP vom 17.10.2019 verteilen.

Herr Sinß erläutert ausführlich die Anträge der SPD-Fraktion. Die Formulierung des letzten Antrages muss vor Beschlussfassung angepasst werden, da der Kreisausschuss den Haushaltsentwurf 2020 bereits festgestellt hat.

Herr KB Scholl gibt einen ausführlichen Bericht zum Sachstand und beantwortet Fragen dazu. Die Zahlen zu den Investitionskosten für die Grundschule in Erbach sollen auf Wunsch von Herrn Sinß von der Verwaltung ermittelt und nachgereicht werden. Herr Landrat Kilian und Herr KB Scholl erläutern, dass der benachbarte Schulstandort Erbach ebenfalls nur noch in einem Jahrgang 2-zügig ist und in allen anderen 1-zügig, dafür aber über gute räumliche Möglichkeiten verfügt. Beide betonen das größere pädagogische Spektrum, welches mit stabiler 2-Zügigkeit an einem Standort angeboten werden kann.

Herr KB Scholl und Herr Landrat Kilian schlagen vor, das Thema in den Ausschuss

Schulentwicklung Rheingau (ASR) zur Beratung zu geben.

Laut Herrn KB Scholl müsste der KT den ASR mit diesem erweiterten Auftrag betrauen (Antrag einer Fraktion dazu erforderlich); ab Januar wäre dann frühestens eine Beratung im ASR möglich. Die SPD erklärt, dass sie den ASR nicht als zuständiges Gremium sieht, da die Standortfrage nicht thematisiert werden soll, sondern die Sanierung der Schule am bestehenden Standort Inhalt ihres Antrages sei.

Auf Vorschlag von Frau Linke-Diefenbach wird die Verwaltung gebeten relevante Schülerzahlen mitzuteilen und weitere unumgängliche Sanierungsmaßnahmen zu benennen und zu beziffern.

Herr Landrat Kilian sagt zu, dass der JuBiS bis zu seiner nächsten Sitzung eine umfassende Berichterstattung und Zahlenmaterial, das auch die zusätzlich gestellten Fragen der FDP berücksichtigt, erhält.

An der anschließenden ausführlichen Diskussion beteiligen sich Frau Rossow, Frau Linke-Diefenbach, Herr KB Scholl, Herr Landrat Kilian, Frau Kluge-Pinsker, Frau Penk und Herr Sinß.

Nachfragen von Herrn Sinß, Frau Linke-Diefenbach, Frau Rossow, Frau Penk werden von Herrn KB Scholl beantwortet. Die Nachfrage von Hr. Sinß, warum sich die Kostenschätzung zur Sanierung der Waldbachschule vor einigen Jahren auf 500.000,-€ belief und sich nun teurer darstellt, soll in der Antwort der Verwaltung nachgereicht werden. Zur Anregung von Frau Linke-Diefenbach, welche eventuellen Synergieeffekte bei einer Sanierung entstehen (z. B. Nutzung durch Stadt, Vereine etc.) sagt Hr. Landrat Kilian ebenfalls Prüfung durch die Verwaltung zu.

Frau Pfenning beendet die Diskussion und lässt über den TOP abstimmen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Sinß den ursprünglichen Antrag für zurückgestellt.

Über den Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion zum TOP vom 17.10.2019 wird getrennt abgestimmt.

Abstimmung über den 1. Spiegelstrich:

Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen
0 NEIN-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

Einstimmig beschlossen:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, spätestens in den Beratungen der Ausschüsse zur Vorbereitung der Dezember-Sitzung des Kreistages, die Mittel der Höhe nach zu beziffern, die für die Umsetzung des Antrages bei den Haushaltsberatungen erforderlich sind.

Abstimmung über den 2. Spiegelstrich in der von Herrn Sinß vorgetragenen, modifizierten, Fassung:

Abstimmungsergebnis: 3 JA-Stimmen
7 NEIN-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

Mehrheitlich abgelehnt:

Frau Pfenning dankt den anwesenden Eltern, Kindern, Schülerinnen und Schülern für die geduldige Anwesenheit, verabschiedet sie und wünscht eine gute Heimreise.

Auf Vorschlag von Frau Pfenning gibt es eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

TOP 5. DS X/1080 Vorstellung der Stabsstelle Bundesteilhabegesetz (ST-BTHG)

Frau Pfenning begrüßt die beiden Leitungen der Stabsstelle Bundesteilhabegesetz (ST-STHG) Frau Lorek und Frau Wellsandt.

Frau Lorek und Frau Wellsandt stellen sich persönlich vor und erläutern die Aufgaben, Abläufe und Strukturen des Bundesteilhabegesetzes mit einer Präsentation.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Landrat Kilian gibt ergänzende Informationen zu den damit verbundenen personellen Konsequenzen und finanziellen Auswirkungen.

Frau Pfenning dankt Frau Lorek und Frau Wellsandt für ihren informativen Vortrag.

Der JuBiS nimmt die Informationen **zur Kenntnis**.

Frau Pfenning schlägt vor, an dieser Stelle, die TO wie folgt umzustellen:

Die TOP's 9, 10, 11 hinter TOP 12 und danach TOP 19.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Pfenning lässt den aktuellen Monatsbericht des kommunalen JobCenters, eine fehlende Seite 2 von 3 zu den Unterlagen zu TOP 7 sowie einen Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 17.10.2019.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Bildung und Soziales vom 15.08.2019

Frau Pfenning fragt, ob es Ergänzungs- oder Änderungswünsche zur Niederschrift der Sitzung des JuBiS vom 15.08.2019 gibt.

Keine Wortmeldungen dazu; Frau Pfenning lässt über die Niederschrift mit den vorgenannten Änderungen abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS Sachstandsbericht Hartz IV

Nachfragen zu den Sachstandsberichten Hartz IV für August und September 2019 gibt es nicht.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 3. DS Sachstandsbericht Asyl

Nachfragen zum Sachstandsbericht Asyl gibt es nicht.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 4. DS Vorstellung der Gesundheitskoordinatorin Frau Moser

Frau Pfenning begrüßt Frau Moser vom Fachdienst II.7 Gesundheitsverwaltung. Frau Moser ist die neue Gesundheitskoordinatorin des Rheingau-Taunus-Kreises.

Frau Moser stellt sich kurz persönlich vor und berichtet dann von ihrer Arbeit an einem Masterplan zur Versorgungssituation im Kreis in den nächsten 10 Jahren, der auf dem vorliegenden Versorgungsgutachten basiert.

Herr Landrat Kilian und Frau KB Merkert berichten von einem gemeinsamen Termin mit Frau Moser im HMSI bei dem es um die Themen Sicherstellungszuschlag, Umzug Psychosomatik, Helios Idstein, u. a. ging und Frau Moser Gelegenheit hatte, die dortigen Ansprechpartner kennenzulernen.

Frau Pfenning dankt Frau Moser für die Vorstellung.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 6. DS X/1099 Sachstand der Umsetzung des Digitalpaktes an den Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Berichts Antrag Nr. 17/19 der FDP Fraktion vom 30.07.2019, eingegangen am 31.07.2019, hier Stellungnahme der Verwaltung

Frau Pfenning weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Ausschussmitgliedern vorliegt.

Nachfragen von Frau Rossow und Frau Kluge-Pinsker werden von Herrn KB Scholl beantwortet.

Die 9,5 Mio. Euro verteilen sich auf 5 Jahre.

Der JuBiS nimmt die Stellungnahme **zur Kenntnis**.

TOP 7. DS X/1112 Fortbildung Schulkinderbetreuung an Grundschulen - Erarbeiten eines Konzeptes / Programms; hier: Antrag Nr. 43/18 der FWG - Fraktion vom 25.09.2018; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Eine ausführliche Antwort der Verwaltung liegt laut Frau Pfenning vor.

Nachfragen von Frau Rossow werden von Herrn KB Scholl und Frau Püsch beantwortet.

Der JuBiS nimmt die Antwort der Verwaltung **zur Kenntnis**.

TOP 8. DS X/1107 Nachmittagsbetreuung an den Schulen des Kreises; hier: Berichtsantrag Nr. 21/19 der SPD-Fraktion vom 20.09.2019, eingegangen am 24.09.2019

Der JuBiS nimmt den TOP **zur Kenntnis**.

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten,

welche Träger die Betreuungsangebote an den Schulen organisieren

welche Betreuungsangebote es an den einzelnen Schulen gibt (z.B. Hausaufgabenbetreuung, Gruppenschülerhilfe etc.)

wie der „Pakt für den Nachmittag“ im Kreis umgesetzt wird

in welches Profil die Schulen fallen (1,2 oder 3)

wie die Betreuungsangebote finanziert werden

wie die einzelnen Betreuer entlohnt werden (ob nach Tarif oder nicht)

wie sich die Kommunen an der Finanzierung der Nachmittagsbetreuung beteiligen

welche Qualitätsstandards im Kreis für die Nachmittagsbetreuung gelten

TOP 12. DS X/1109 Stufenweise Ausweitung der Schulsozialarbeit auf alle Grundschulen im Landkreis

Frau Pfenning führt kurz in das Thema ein.

Herr Landrat Kilian berichtet, dass der KA beschlossen hat, dem KT die stufenweise Ausweitung der Schulsozialarbeit auf alle Grundschulen im Landkreis zu empfehlen.

Frau KB Merkert berichtet, dass der JHA in der Sache ebenfalls einen einstimmigen Beschluss gefasst hat.

Frau Rossow bittet um Vorlage des Konzeptes und Informationen zur Abgrenzung zur Arbeit

der UBUS-Fachkräfte.

Es besteht Einvernehmen, den TOP bis zur nächsten KT-Sitzung (Haushaltsberatungen) zu vertagen; die Verwaltung reicht bis dahin die gewünschten Informationen nach.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 19. DS X/1119 Erweiterung der Räumlichkeiten der Betreuung an der Wörsbachschule in Idstein; hier: Antrag Nr. 36/19 der FWG-Fraktion vom 26.09.2019, eingegangen am 30.09.2019

Frau Rossow erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Laut Herrn KB Scholl sieht die Verwaltung im Moment keinen zusätzlichen Bedarf.

Nach kurzer Diskussion, an der sich Frau Rossow, Herr Herfurth, Herr KB Scholl und Frau Penk beteiligen, lässt Frau Pfenning über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 6 JA-Stimmen
0 NEIN-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

Mehrheitlich beschlossen.

Beschluss:

Der Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises wird beauftragt, bis zu den Haushaltsberatungen 2020 die Erweiterung der Betreuungsräume an der Wörsbachschule zu prüfen und die Kosten hierfür aufzuzeigen.

TOP 9. DS X/1113 Gräber auf dem Eichberg; hier: Berichtsantrag Nr. 22/19 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 16.09.2019, eingegangen am 26.09.2019

Der JuBiS nimmt den Berichtsantrag **zur Kenntnis**.

Beschluss:

1. Wie viele Gräber von Ermordeten aus der ehemaligen Landesheilanstalt Eichberg befinden sich auf dem Gelände?
2. Wo befinden sich die Gräber?
3. Welche Institution ist Anlaufstelle für Angehörige von auf dem Eichberg ermordeten Menschen?
4. Wurden für die Gräber gemäß der Vorgabe Gräberlisten erstellt?

5. Welchen Status hat der „Friedhof“ für NS-Opfer auf dem Eichberg?
6. Werden für die Unterhaltung des Friedhofes Mittel aus dem Regierungspräsidium (Bundesausgleichsamt) gezahlt?
7. Wenn ja – in welcher Höhe?
8. Wurden dort die gesetzlichen Vorgaben für den Umgang mit Opfern des NS gem. Gräbergesetz umgesetzt?
9. Ist es richtig, dass von Seiten des LWV im Jahr 1987 die widerrechtliche „Entwidmung“ des Friedhofes auf dem Eichberg vorgesehen war und diese durch eine Veröffentlichung im Hess. Staatsanzeiger Nr. 12 bekannt gegeben worden war?
10. Wie kam es zur Rücknahme dieser Entwidmung? Welche Behörden waren beteiligt?
11. Ist es richtig, dass auf dem Eichberg ausländische Zwangsarbeiter/Innen ermordet und begraben wurden?
12. Sind deren Gräber gemäß Vorgabe des Genfer Abkommens (Zusatzprotokoll vom 8. Juni 1977) gekennzeichnet und würdig gestaltet? Wie können Angehörige der ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter Zugang zu den Grabstätten erhalten?
13. Welche Behörden in Kommune, Landkreis, Hessen und der Bundesrepublik Deutschland sind für die Überwachung der ordnungsgemäßen Umsetzung des Gräbergesetzes und der Vorgaben der Genfer Konvention bei der Gestaltung von Gräber des NS-Regimes zuständig?
14. Welche Wege sind bei rechtskonformer Umsetzung zu beschreiten, damit die gesetzlichen Vorgaben für Gräber von Ermordeten des NS-Regimes in einer Kommune eingehalten werden?

TOP 10. DS X/1118 1000 zusätzliche Sozialwohnungen; hier: Berichtsantrag Nr. 23/19 der Fraktion Die LINKE vom 29.09.2019, eingegangen am 30.09.2019

Der JuBiS nimmt den Berichtsantrag **zur Kenntnis**.

Beschluss:

Da zurzeit ca. 1200 Sozialwohnungen im Kreis fehlen, wird der Kreisausschuss gebeten bis zu den Haushaltsberatungen 2020 zu berichten, was die Beseitigung des Sozialwohnungsmangels im Kreis durch die KWB kosten würde und wie eine Umsetzung in den nächsten 5 – 10 Jahren erfolgen kann.

Berichtet werden soll ebenso in welcher Höhe sich der Kreis und die anderen Eigentümer der KWB, die Städte und Gemeinden bei einem Eigenanteil von ca. 50.000 € pro Wohnung daran beteiligen müssten. Zudem soll auch geprüft werden, ob neben dem Neubau durch Kauf oder Miete von Wohnungen kurzfristig zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen werden können.

TOP 11. DS X/1122 Bundesteilhabegesetz; hier: Berichtsantrag Nr. 24/19 der FDP-Fraktion vom 26.09.2019, eingegangen am 30.09.2019

Der JuBiS nimmt den Berichtsantrag **zur Kenntnis**.

Beschluss:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung bezüglich
 - 1.1 der Stellenbesetzungsverfahren?
 - 1.2 des Informationstransfers seitens des LWV bezüglich konkreter Fallzahlen aus den einzelnen Teilhabebereichen?
 - 1.3 der Einrichtung einer gesonderten Verwaltungseinheit im FB II?
2. Wie hoch sind die geschätzten Mehrkosten für die Maßnahmen zu 1.1. u. 1.3?
3. Welche bisherigen Verträge zwischen LWV und den unterschiedlichen Trägern von Einrichtungen der Eingliederungshilfe werden mit jeweils welchem Kostenvolumen auf den Landkreis übergehen?
4. Hat der Rheingau-Taunus-Kreis seit dem Beschluss zum Bundesteilhabegesetz Mittel seitens des Landes erhalten?
Wenn ja, in welcher Höhe?
5. Gibt es Prognosen für den Zeitpunkt, ab dem seitens des Landeswohlfahrtsverbandes aufgrund der Strukturveränderungen Kosteneinsparungen erreicht werden können, die im Endergebnis auch Auswirkungen auf die Umlage des Rheingau-Taunus-Kreises an den LWV haben?

TOP 15. DS X/1057 Das Land muss die finanziellen Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes ausgleichen; hier: Antrag Nr. 25/19 der SPD-Fraktion vom 29.07.2019

Herr Wieczorek erklärt, dass der Antrag wegen noch erforderlicher Abstimmungsgespräche mit anderen Fraktionen, vertagt werden soll.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 13. DS X/995 Ehemaliges Krankenhaus des Kalmenhofes und die Gräberfelder zum Mahnmal für die Euthanasieopfer in der Nazizeit machen; hier: Antrag Nr. 14/19 der Fraktion die LINKE vom 20.05.2019, eingegangen am 22.05.2019

Frau Penk, Frau Rossow, Frau Linke-Diefenbach, Frau Pfenning und Herr Herfurth stellen übereinstimmend fest, dass es sich hier um eine Angelegenheit der Stadt Idstein handelt, die nicht Sache des Kreises oder JuBiS ist.

Herr Herfurth berichtet zum aktuellen Sachstand von einer Veranstaltung zum Thema.

Frau Pfenning lässt über den Ursprungsantrag abstimmen. Der o. a. Änderungsantrag ist weder eingebracht worden, noch wird er aufgerufen.

Abstimmungsergebnis: 0 A-Stimmen
10 NEIN-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

Einstimmig abgelehnt.

Der JuBiS stellt weiterhin einvernehmlich fest, dass es sich hier um ausschließlich eine Angelegenheit der Stadt Idstein handelt, die nicht Sache des Kreises oder JuBiS ist.

TOP 14. DS X/996 Kalmenhof Idstein: Turnhalle nicht abreißen; hier: Antrag Nr. 15/19 der Fraktion die LINKE vom 21.05.2019, eingegangen am 22.05.2019

Frau Penk, Frau Rossow, Herr Herfurth weisen darauf hin, dass seit einiger Zeit bereits eine Abrissgenehmigung für das Gebäude vorliegt.

Frau Linke-Diefenbach beantragt, der JuBiS möge beschließen, dass er in dieser Sache nicht zuständig ist.

Frau Pfenning lässt über den Antrag von Frau Linke-Diefenbach abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen
0 NEIN-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

Einstimmig beschlossen.

Der JuBiS ist nicht zuständig.

TOP 17. DS X/1116 Defibrillatoren; hier: Antrag Nr. 34/19 der CDU-Fraktion vom 30.09.2019

Nachfragen von Frau Rossow werden von Herrn Landrat Kilian und Herrn Herfurth beantwortet.

Frau Pfenning lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 8 JA-Stimmen
0 NEIN-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Mehrheitlich beschlossen.

Beschluss:

Der Rheingau-Taunus-Kreis beschafft für alle kreiseigenen Liegenschaften mindestens je einen Defibrillator. In diesem Zusammenhang könnten auch werbefinanzierte Defibrillatoren

Berücksichtigung finden. Die entsprechenden Mittel sollen im Haushalt 2020 eingestellt werden.

TOP 18. DS X/1117 Kompetenzzentrum Pflege; hier: Antrag Nr. 35/19 der CDU-Fraktion vom 30.09.2019

Frau Penk schlägt vor die Prioritätenliste der Gesundheitskoordinatorin abzuwarten. Frau Linke-Diefenbach teilt die Auffassung von Frau Penk und schlägt Vertagung vor.

Auf Nachfrage von Frau Pfenning und Bestätigung durch Herrn Herfurth besteht Einvernehmen den TOP zu vertagen.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 20. DS X/1044 Antrag auf Freigabe der im Haushaltsjahr 2019 bereitgestellten Finanzmittel zur Bezuschussung der Notfallseelsorge

Die ausführliche Antwort der Verwaltung mit einem Verfahrensvorschlag liegt laut Frau Pfenning jetzt vor.

Frau Pfenning lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen
0 NEIN-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

Einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die bereitgestellten Finanzmittel in Höhe von 15.000,00 € werden entsprechend des Verfahrensvorschlags der Verwaltung ausgezahlt:

Aufgrund der bedeutenden Arbeit des Notfallseelsorge Rheingau-Taunus e.V. werden in einem ersten Schritt die genannten persönlichen 22 Einsatzjacken mit Kosten i.H.v. 6.247,12 EUR antragsgemäß zur Verfügung gestellt.

Ogleich nur vom Hospizverein Rüdesheim eine Anfrage auf finanzielle Förderung ohne Nennung

des Verwendungszwecks und einer konkreten Fördersumme vorliegt (telefonischer Kontakt mit FDL II.1), erhalten die drei Hospizvereine in diesem Haushaltsjahr anteilig aus den

verbleibenden Haushaltsmitteln i.H.v. 8.752,88 EUR eine Förderung von jeweils 2.000,00 EUR für Schulungen und sonstige Maßnahmen zur Stärkung der Vereinsarbeit. Die als Haushaltsrest zur Verfügung stehenden Mittel i.H.v. 2.752,88 EUR werden zur Anschaffung der ersten Funkmeldeempfänger für den Notfallseelsorge Rheingau-Taunus e.V. verwendet. Die Hospizvereine werden aufgefordert, über die Verwendung der Fördermittel zu berichten.

TOP 21. DS Verschiedenes

Frau Rossow möchte in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Schulausschusses unter Verschiedenes einen kurzen Sachstandsbericht über die Zusammenarbeit der Pestalozzischule und der Limeschule.

Auf Nachfrage von Frau Pfenning gibt es keine weiteren Wortmeldungen zum TOP.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Pfenning, dankt den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit, wünscht eine gute Heimreise und schließt die Sitzung um 18:07 Uhr.

Bad Schwalbach, 22. Oktober 2019

(Tanja Pfennig)
Ausschussvorsitzende

(Andreas Schumann)
Schriftführer